

# „1500 Menschen sind mit Vertreibung konfrontiert“:

## Israelische Bulldozer kehren nach Al-Sir zurück – Zerstörungen im Naqab wieder aufgenommen

palestinechronicle.com, 20.04.26

**Israelische Sicherheitskräfte zerstören Häuser (von Palästinenser mit israelischem Pass -Pako) im Dorf Al-Sir und setzen damit eine seit Monaten andauernde Kampagne der ethnischen Säuberung fort, durch die bereits Hunderte von Familien obdachlos geworden sind.**

Israelische Polizeikräfte haben ihre Abrissmaßnahmen im palästinensischen Dorf Al-Sir im Naqab wieder aufgenommen, was nach wochenlanger relativer Ruhe eine erneute Eskalation bedeutet. Am Sonntag stürmten große Polizeikontingente und Spezialeinheiten mit Bulldozern das Dorf und begannen laut lokalen Quellen mit dem Abriss Dutzender Häuser.

Über das Ausmaß der Zerstörungsmaßnahmen hinaus offenbart die Art und Weise ihrer Umsetzung eine kalkulierte Brutalität und eine völlige Missachtung von Leben und Sicherheit.

Jumaa Zabarqa vom Lenkungsausschuss für Beduinenangelegenheiten im Naqab sagte, die Operation sei die Fortsetzung einer umfassenderen Kampagne, die nach Protesten in der Region vorübergehend eingestellt worden war, wie QNN und andere lokale palästinensische Medien berichteten.

„Diese Abrissaktionen sind eine Fortsetzung dessen, was im Dezember begann“, sagte er und bezog sich dabei auf frühere groß angelegte Zerstörungen, die gegen das Dorf gerichtet waren.

### So genannte „illegale“ Häuser

Die erneuten Abrissmaßnahmen finden vor dem Hintergrund anhaltender Streitigkeiten über die Landklassifizierung und Baugenehmigungen statt, auf die sich die israelischen Behörden häufig berufen, um die Vertreibung von Palästinensern und die Zerstörung ihrer Häuser zu rechtfertigen.

Zabarqa erklärte, die Bewohner lebten seit Jahrzehnten auf diesem Land, während die israelischen Behörden behaupten, das Gebiet sei eine „Militärzone“ – eine Einstufung, die oft dazu dient, palästinensische Gemeinden ethnisch zu säubern, sei es in der Region Naqab oder in der Westbank.

Er fügte hinzu, dass die Behörden die Bewohner zuvor unter dem Vorwand der Infrastrukturerwicklung in Notunterkünfte umgesiedelt hätten, ohne dauerhafte Alternativen anzubieten.

Bei den von der jüngsten Kampagne betroffenen Häusern handelt es sich um bescheidene Behausungen aus Blech und Metallplatten, die unter dem Vorwand fehlender Genehmigungen abgerissen werden, obwohl die palästinensischen Bewohner die ursprünglichen Bewohner des Landes sind.

### **Frühere Abrissaktionen**

Die derzeitige Eskalation folgt auf eine Welle von Abrissaktionen, die das Dorf Ende 2025 verwüstet haben. Lokalen Berichten zufolge haben israelische Behörden im Dezember rund 320 der etwa 350 Häuser zerstört, wodurch Hunderte von Familien obdachlos wurden. Seitdem leben viele Bewohner unter schwierigen Bedingungen, oft in Zelten, die den Witterungseinflüssen ausgesetzt sind und keinen Zugang zu grundlegender Infrastruktur wie Strom und angemessener Versorgung haben.

Die Abrissmaßnahmen wurden in den folgenden Monaten mit Unterbrechungen fortgesetzt, wobei einige Aktionen zur Zerstörung von Dutzenden von Häusern in einer einzigen Phase führten.

### **Erneute Vertreibung**

Mit der Wiederaufnahme der Zerstörungen sind nun erneut rund 1.500 Bewohner von Vertreibung bedroht.

Lokalen Quellen zufolge ist diese Aktion Teil einer umfassenderen Politik, die sich gegen palästinensische Gemeinschaften in „nicht anerkannten Dörfern“ im gesamten Naqab richtet, wo wiederholte Demolierungen und Baubeschränkungen die Bewohner in einen Zustand anhaltender Unsicherheit versetzt haben. Die jüngste Aktion wurde unter starker Polizeipräsenz vorgenommen, wobei Berichte vorliegen, dass während der Abrissarbeiten Gewalt gegen die Bewohner angewendet wurde.

Die Entwicklungen in Al-Sir spiegeln ein anhaltendes Muster wiederholter Zerstörungskampagnen wider, wobei die Bewohner in den letzten Monaten einem Kreislauf aus Verwüstung und vorübergehender Vertreibung ausgesetzt waren.

Zur Situation und verstärkten ethnischen Säuberung im Naqab hat auch die Menschenrechtsorganisation und Juristenvereinigung Adalah einen Bericht veröffentlicht, der im März 2026 erschien. Wir haben einige Auszüge ins Deutsche übersetzt:

„ON THE BRINK The Forced Displacement Crisis Facing Bedouin Communities in the Naqab“ [https://www.adalah.org/uploads/uploads/Forced\\_Displacement\\_Naqab\\_2026.pdf](https://www.adalah.org/uploads/uploads/Forced_Displacement_Naqab_2026.pdf)

*„Wir müssen die Siedlungsrevolution, die ich in den letzten Jahren in Judäa und Samaria [der Westbank] vorangetrieben habe, auch auf den Negev [Naqab] ausweiten. [...] Wir verstehen, dass der Schlüssel zur Sicherheit in der Siedlungspolitik liegt, wie sie in Judäa und Samaria betrieben wurde. Heute hat die Regierung fünf neue jüdische Gemeinden im Negev gegründet, sechs weitere sollen folgen.“*

Finanzminister Bezalel Smotrich, Februar 2026

### **Eine beispiellose Krise der gewaltsamen Vertreibung**

Heute sehen sich palästinensische Beduinen, die als Bürger des Staates Israel im Naqab (Negev, Südisrael) leben, mit einer beispiellosen Krise der gewaltsamen Vertreibung, Massenräumungen und Hauszerstörungen durch den Staat Israel konfrontiert. Unter der derzeitigen rechtsextremen Regierung haben sich die seit langem bestehenden Vertreibungsmaßnahmen drastisch beschleunigt. Ganze Dörfer wurden innerhalb weniger Tage ausgelöscht, während die Regierung exklusiv israelisch-jüdische Siedlungen errichtet, oft auf dem Land und den Ruinen von palästinensischen Dörfern. Die Zahl der Abrisse hat ein Rekordniveau erreicht: Seit 2023 wurden mehr als 14.000 Gebäude zerstört (Ministerium für Nationale Sicherheit, 2025). Diese erschütternde Zahl umfasst Tausende von Häusern sowie die grundlegende Infrastruktur in anerkannten und nicht anerkannten Dörfern sowie kleineren Gemeinden. Viele Familien sind gezwungen, in provisorischen Zelten inmitten der Ruinen ihrer ehemaligen Häuser zu leben.

Dieser Bericht befasst sich mit der jüngsten Zerstörung mehrerer Siedlungen und enthält eine neue, umfassende Datentabelle zu palästinensischen Dörfern, die unmittelbar bedroht sind. Er dokumentiert zehn nicht anerkannte Dörfer mit über 15.000 Einwohnern, von denen erhebliche Teile – und in einigen Fällen das gesamte Dorf – durch staatlich initiierte Räumungsklagen dem Abriss geweiht sind. Das Land soll der Erschließung von Militärgebieten,

Industriezonen und neuen, ausschließlich für jüdische Israelis bestimmten Städten dienen. *Adalah* vertritt die Bewohner in drei dieser Dörfer – Ras Jrabah, Al-Bqea'ah und Umm Baddoun – und ficht diese diskriminierenden Maßnahmen in laufenden Gerichtsverfahren an.

### **Jahrzehntelange Vertreibung und erzwungene Konzentrierung**

Während der Militärherrschaft (1948–1966) und auch danach haben aufeinanderfolgende israelische Regierungen versucht, die Palästinenser im Naqab in der begrenzten „Siyag“-Zone („Zaun“) im Nordosten des Naqab zu konzentrieren. Dabei wurden in viele Gemeinschaften von ihrem angestammten Land in sieben verarmte, von der Regierung geplante Siedlungen vertrieben. Die seit 1999 vom Staat anerkannten palästinensischen Dörfer sind nach wie vor weitgehend ungeplant und verfügen nicht über die grundlegende Infrastruktur und Versorgung. Heute leben auch mehr als 90.000 Menschen – 30 % der palästinensischen Bevölkerung im Naqab – in 37 „nicht anerkannten Dörfern“, die systematisch von der staatlichen Planung ausgeschlossen sind und denen grundlegende Versorgungsleistungen wie Wasser, Strom, asphaltierte Straßen und sanitäre Einrichtungen verwehrt bleiben, während sie unter der ständigen Gefahr von Abriss leben.

### **Ausbau israelisch-jüdischer Siedlungen im Naqab**

Die derzeitige, unmittelbar bevorstehende Vertreibungskrise wird von einer expliziten staatlichen Politik der „Judaisierung“ vorangetrieben, wobei der Staat die Errichtung von über einem Dutzend neuer jüdischer Siedlungen plant.

Viele dieser neuen Siedlungen sollen auf oder in unmittelbarer Nähe des Landes palästinensischer Dörfer entstehen, um deren Zerstörung herbeizuführen oder ihre Entwicklung dauerhaft zu blockieren. Die derzeitige rechtsextreme Regierung hat sich ausdrücklich dazu verpflichtet, die „jüdische“ Präsenz im „Negev und [...] im Biq'at 'Arad (Arad-Tal)“ zu „stärken“. Hochrangige Beamte beschreiben diese Agenda als demografisches und geografisches Engineering zur Umgestaltung der Region. Während Finanzminister Smotrich eine „Siedlungsrevolution“ im Naqab gefordert hat, nach dem Vorbild der staatlichen Strategien in der Westbank, definierte die Ministerin für Siedlungen und nationale Missionen, Orit Strock, das Ziel als „Aufrechterhaltung der Siedlungskontinuität“, eine Strategie, die palästinensischen Gemeinschaften fragmentiert und isoliert durch strategisch platzierte, ausschließlich israelisch-jüdische Städte.

Im März 2022 verabschiedete die vorherige Regierung den Beschluss Nr. 1325, mit dem die Gründung von fünf neuen „Gemeindsiedlungen“ im Raum Arad genehmigt wurde: vier jü-

disch-israelische Siedlungen – Shalhevet, Irit, Tzabar und Chavatzelet HaNegev – sowie eine Siedlung – Marva –, die für Palästinenser vorgesehen ist. Die Gründung dieser Städte wird finanziell vom *Jüdischen Nationalfonds (JNF)* unterstützt, wobei auch die Zionistische Weltorganisation (*WZO*) eine wesentliche Rolle bei ihrer Gründung spielt. Gemäß ihrem Arbeitsplan für 2026 identifiziert die WZO derzeit geeignete „Siedlungskerne“, um diese Gebiete zu besiedeln. Diese Kerne (auch als „Samen“ bezeichnet) sind organisierte, oft ideologisch motivierte Gruppen, die darauf abzielen, israelisch-jüdische Gemeinden an strategisch bedeutenden Standorten zu gründen. Durch die Zuweisung von Land an diese Gruppen treibt der Staat seine Agenda segregierter, ausschließlich israelisch-jüdischer Städte voran. Nach der Gründung sollen die Bewohner dieser Städte von ausgrenzenden Zulassungsausschüssen überprüft werden, die das vage rechtliche Kriterium der „sozialen Eignung“ anwenden, um palästinensische Bürger des Staates Israel (PCI) auszusortieren und diese Städte als ausschließlich jüdische Städte zu erhalten. Darüber hinaus genehmigte die Regierung gemäß der Resolution Nr. 3811 (Januar 2026) die Gründung von fünf weiteren jüdischen Städten im Naqab – Nevatim South, Gva’ot Adarim, Telem Talma, Talia und Diya – in Zusammenarbeit mit der Siedlungsabteilung der WZO.

Parallel dazu treibt der Staat auch massive städtische Siedlungsprojekte zugunsten der jüdisch-israelischen Bevölkerung im gesamten Negev voran. Mitte Februar 2026 gab das Ministerium für Bauwesen und Wohnungswesen die öffentliche Auslegung des Plans für Kasif Menora, eine jüdisch-religiöse Stadt, bekannt. Darüber hinaus forciert der Staat gemäß dem Regierungsbeschluss Nr. 1939 (Juni 2024) die Errichtung der ultraorthodoxen jüdischen Stadt Tila mit voraussichtlich 50.000 Wohneinheiten.

Ein weiteres Instrument zur Aufrechterhaltung der israelisch-jüdischen Kontrolle über das Land ist die Gründung von „Einzelfarmen“. Diese Einzelfarmen werden oft einer einzigen Familie zugewiesen, der die ausschließliche Kontrolle über Tausende von Dunam gewährt wird. Während viele dieser Betriebe ursprünglich ohne Genehmigung gegründet wurden, wurden sie anschließend rückwirkend legalisiert und an die gesamte staatliche Infrastruktur angeschlossen. Adalah hat diese Politik in der Vergangenheit angefochten, doch der Oberste Gerichtshof hat es versäumt, einzugreifen. Die Knesset ist nun dabei, eine Gesetzesänderung zu verabschieden, die eine „Planungs-Gnadenfrist“ verlängert, welche diese „Farmen“ bis zu 17 Jahre lang vor dem Abriss schützt, während der Staat ihren Status formalisiert. Diese Haltung steht in krassem Gegensatz zur gleichzeitigen Beschleunigung von Abrissmaßnahmen durch den Staat, die auf die seit langem bestehenden palästinensischen Dörfer abzielen.

Neben neuen jüdischen Dörfern und Städten stehen Räumungsklagen häufig im Zusammenhang mit staatlichen „Entwicklungs“-Projekten, darunter Autobahnen, Eisenbahnstrecken und andere Infrastrukturvorhaben, die bewusst durch palästinensisches Land geführt werden.... Diese Projekte dienen oft ausschließlich jüdischen israelischen Bürgern.

### **Harte Durchsetzung unter Nationalminister Ben-Gvir**

Die jüngste Zunahme von Hausabrissen – die sowohl anerkannte als auch nicht anerkannte Dörfer betreffen – steht auch im Zusammenhang mit institutionellen Veränderungen, die von der derzeitigen rechtsextremen Regierung vorgenommen wurden. Im Juli 2024 übertrug die Knesset die Nationale Einheit zur Durchsetzung der Planungs- und Baugesetze, die Hauptbehörde für die Ausführung von Abrissmaßnahmen, an den rechtsextremen Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir. Anfang 2025 wies er die Polizei Berichten zufolge an, dem Abriss bewohnter Familienhäuser Vorrang vor anderen Gebäuden einzuräumen, obwohl ihm die rechtliche Befugnis zur Festlegung solcher Maßnahmen fehlte.

Unter der derzeitigen Regierung haben die Abrissmaßnahmen ein Rekordniveau erreicht. Das Ministerium für nationale Sicherheit meldete für das Jahr 2024 insgesamt 5.231 Zerstörungen, davon 2.903 von den Bewohner selbst vorgenommene Abrisse, um hohe Strafzahlungen und gewaltsame Polizeieinsätze zu vermeiden. 736 dieser Gebäude waren Wohnhäuser. Offizielle Statistiken zeigen zudem, dass 5.742 Gebäude im Jahr 2025 abgerissen wurden, darunter 1.106 Wohnhäuser oder Wohnstätten. Ganze Dörfer wurden innerhalb weniger Tage ausgelöscht, ohne dass angemessene Wohnalternativen bereitgestellt wurden. Familien wurden obdachlos, und viele Menschen leben noch immer in provisorischen Zelten inmitten der Trümmer ihrer Häuser.

Über das Ausmaß dieser Zerstörungsmaßnahmen hinaus offenbart die Art und Weise ihrer Umsetzung eine kalkulierte Brutalität und eine völlige Missachtung von Leben und Sicherheit. In Wadi Al-Khalil beispielsweise rissen die Behörden im Mai 2024 Häuser ab und zwangen Familien, unter der sengenden Sonne in Zelten zu leben. Später kehrten israelische Streitkräfte zurück, um die Bäume zu entwurzeln, die den einzigen verfügbaren Schatten spendeten, und bauten die Zelte ab, womit sie den vertriebenen Bewohnern diesen minimalen Schutz nahmen.

### **Staatlich sanktionierte Aufstachelung**

Die Abrissmaßnahmen finden im Zusammenhang mit einer umfassenderen politischen Kampagne statt, die die Zerstörung von palästinensischen Häusern als Wiederherstellung der

staatlichen Souveränität und Regierungsgewalt im Negev darstellt. Diese Rhetorik bezeichnet die palästinensischen Bürger als „inneren Feinde“, um militarisierte Polizeieinsätze und Massenenteignungen zu rechtfertigen. Regierungsvertreter haben die Durchsetzung von Landrechten ausdrücklich mit einem nationalistischen Kampf um die Kontrolle in Verbindung gebracht. Zu den Abrissmaßnahmen in Wadi Al-Khalil erklärte der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir: „Die israelische Polizei wird einen totalen Krieg gegen jeden führen, der Land an sich reißt und versucht, vor Ort eine andere Realität zu schaffen.“ Am 7. Januar 2026 bezeichnete Premierminister Benjamin Netanjahu den Naqab während einer vielbeachteten Besichtigungstour durch das Gebiet als „außer Kontrolle“ und „außer Rand und Band“.

Anschließend erklärte er die Absicht des Staates, „den Negev an den Staat Israel zurückzugeben“, und zwar durch israelisch-jüdische Besiedlung in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Diese Darstellung der Palästinenser als „Eindringlinge“ verzerrt jedoch grundlegend die historische und rechtliche Realität. Sie verschleiert die Tatsache, dass viele der betroffenen Gemeinschaften historische Dörfer sind, die bereits vor der Staatsgründung 1948 existierten, oder aus Familien bestehen, die das Militär in den 1950er Jahren gewaltsam in diese spezifischen Gebiete umgesiedelt hat. Indem er dokumentierte Landansprüche – von denen viele unter osmanischer und britischer Herrschaft anerkannt wurden – kategorisch delegitimiert, stempelt der Staat die ursprüngliche Bevölkerung als „Kriminelle“ ab, um ihrer Zwangsumsiedlung einen rechtlichen Anstrich zu verleihen.

### **Abschiebungslager für Obdachlose**

Die Regierung hat kürzlich einen Plan zur Einrichtung von Wohnwagenparks in bestehenden palästinensischen Dörfern als vorübergehende, unzureichende „Wohnungslösungen“ für vertriebene „beduinische“ Bürger genehmigt. Der Plan umfasst 1.200 provisorische Wohneinheiten und eine minderwertige Infrastruktur, die nicht für eine langfristige Bewohnung ausgelegt ist.

Da jedoch keine dauerhaften Lösungen in Sicht sind, besteht die Gefahr, dass diese Standorte zu langfristigen „Umsiedlungslagern“ werden und als Mittel zur Erleichterung der massenhaften Enteignung der Palästinenser dienen. *Adalah* ficht gemeinsam mit Dutzenden lokaler Komitees nicht anerkannter palästinensischer Dörfer, dem Regionalrat für die nicht anerkannten Dörfer im Negev (*RCUV*) und der NGO *Bimkom* den Plan vor dem israelischen Obersten Gerichtshof an.

## **Palästinensische Dörfer und -Gemeinschaften ausgelöscht**

Seit dem Amtsantritt der aktuellen Regierung wurden mehrere palästinensische Dörfer und Gemeinschaften vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Im Mai 2024 rissen israelische Streitkräfte das gesamte nicht anerkannte Dorf Wadi al-Khalil (mit etwa 350 Einwohnern) ab, um den Weg für den südlichen Ausbau der Autobahn 6 freizumachen. Dieser Massenabriss wurde von der Justiz genehmigt: Das Bezirksgericht Be'er Sheva autorisierte die Abrisse im Jahr 2022, und Ende 2023 bestätigte der Oberste Gerichtshof den Plan des Staates, die Bewohner zwangsweise in die von der Regierung geplante Siedlung Umm Batin umzusiedeln, obwohl die Gemeinschaft Beweise für die schwerwiegenden Sicherheitsrisiken vorlegte, die eine solche Umsiedlung mit sich bringen würde. Auf diese Abrissaktion folgte im Juli 2024 die Zerstörung der Gemeinde al-Ghul in der Nähe von Ar'arat an-Naqab, nachdem das Amtsgericht Be'er Sheva die Vertreibung von 50 Bewohnern genehmigt hatte, indem es Abrissverfügungen auf der Grundlage staatlicher Behauptungen über „illegale Bebauung“ billigte.

Im November 2024, nach zwei Jahrzehnten des Kampfes gegen die staatlichen Bestrebungen, ihr Dorf durch die ausschließlich israelisch-jüdische Stadt Dror zu ersetzen – einschließlich eines langwierigen Rechtsstreits unter der Führung von Adalah –, wurden die verbliebenen Bewohner von Umm al-Hiran aus ihren Häusern vertrieben. Um das Trauma einer militarisierten Polizeirazzia zu vermeiden – insbesondere angesichts der Polizeirazzia und der Abrissmaßnahmen von 2017, bei denen die israelische Polizei den Dorfbewohner Ya'akub Abu al-Qi'an erschoss – und um die hohen Kosten einer Abrissaktion durch den Staat zu vermeiden waren die Bewohner gezwungen, ihre Häuser selbst zu zerstören. Gleichzeitig zerstörte der Staat im „nicht anerkannten“ Dorf Umm Matnan im August 2023 und erneut im Jahr 2024 etwa 100 Häuser und Gebäude von rund 350 Bewohnern, um das Gebiet für einen neuen riesigen Waffentestkomplex, Ramat Beka, freizumachen.

Zuletzt, zwischen März und Juni 2025, haben die Behörden die gesamte Gemeinde Abu al-Misk praktisch ausgelöscht und über 15 Häuser abgerissen, um Platz für die Erweiterung des Industriegebiets Mishor Rotem und neue Phosphatabbauvorhaben zu schaffen.

Mehrere internationale Gremien haben diese Politik ausdrücklich verurteilt; so empfahl der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (*CESCR*) im Jahr 2019, dass Israel „die Vertreibung von Beduinen, die in nicht anerkannten Dörfern leben, aus ihren Häusern und von ihrem angestammten Land unverzüglich einstellt und ihre Dörfer anerkennt [sowie] die Lebensbedingungen und die Infrastruktur in allen Beduinen-Siedlungen im Negev verbessert“. Mehrere UN-Sonderberichterstatter haben in ähnlicher Weise bekräftigt, dass die ständige Gefahr von gewaltsamer Vertreibung und instabilen Wohnverhältnissen ei-

nen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Im Jahr 2012 stellte der Sonderberichterstatter für angemessenen Wohnraum fest: „Die Beduinen im Negev ... sind die neue Frontlinie der Enteignung der ursprünglichen Bewohner und der Umsetzung einer Strategie der Judaisierung und Kontrolle des Gebiets.“ In einer Entschließung vom September 2018 forderte das Europäische Parlament ein sofortiges Ende der israelischen Politik der Zerstörung und Vertreibung gegenüber Beduinengemeinschaften sowohl im Naqab als auch in Gebiet C der West-Bank. Kürzlich wurden diese Bedenken ausdrücklich von der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ostjerusalem und Israel zur Sprache gebracht, die in ihrem Bericht vom September 2025 feststellte, dass diese Land- und Wohnraumpolitik derjenigen in der Westbank entspricht und darauf abzielt, eine jüdische Mehrheit zu erreichen, während der geografische Zusammenhang der palästinensischen Gebiete bewusst behindert wird.

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/1500-face-displacement-israeli-bulldozers-return-to-al-sir-as-demolitions-resume-in-naqab/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de